

R. Regularien

R. 1. Vorschlag für die Tagesordnung

ÄR. 1. 1. Änderungsantrag: Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes

Einreicher*innen: Stadtvorstand Zwickau

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Aufnahme eines zusätzlichen inhaltlichen Tagesordnungspunktes für die 3. Tagung des 16. Landesparteitages in Löbau:

„Gegen den Krieg in der Ukraine – Konsequenzen für unsere politische Arbeit als Motor der Friedensbewegung“

Die damit verbundenen Darlegungen und Diskussionen sollten in einer **Empfehlung an die Bundes- und Landespartei** münden, den Kampf um eine bessere und gerechtere Energiepreispolitik sowie der damit verbundenen Problematik des sozialen Friedens stärker auf der Grundlage und im Kontext mit der Frage der Lösung des Konflikts in der Ukraine zu führen. Bundes- und Landespartei sind gleichermaßen aufgerufen, in diesem Zusammenhang **das pazifistische und antiimperialistische Profil der Linken herauszustellen und zu stärken und Die Linke als eine treibende Kraft der Friedensbewegung aufzustellen.**

Begründung:

Der Ukraine-Russland-Krieg ist eine menschliche Katastrophe vor unserer Haustür und auch die Hauptursache für die explodierenden Energiepreise, welche Existenzen und den sozialen Frieden in unserem Land bedrohen. Indem sich Die Linke gegen den Krieg ausspricht und Vorschläge für eine schnellstmögliche Beendigung dieses gegenseitigen Abschlachtens vor den Augen der größtenteils schweigenden Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt unterbreitet, tragen wir letztlich auch – im Kontext des „Heißen Herbstes“ – zur Rückkehr zu einer berechenbaren Energie-, Preis- und Finanzpolitik, zum Kampf gegen eine rasante Inflation und einer weiteren Verarmung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen bei. Die für die Bundeswehr durch die Bundesregierung und den Bundestag zugesagte „Wahnsinnsumme“ von zusätzlich 100 Mrd. € wäre damit auch vom Tisch und könnte z.B. für die Abfederung der Auswirkungen des Krieges in Deutschland, die Beseitigung der Kriegsfolgen in der Ukraine und die Linderung von Hungersnot in der Dritten Welt als Folge ausbleibender Getreideimporte eingesetzt werden.

Die zu Kriegsbeginn organisierten Protestaktionen gegen den Krieg, müssen – im Bündnis mit anderen friedliebenden bzw. pazifistischen Kräften – erneut aufgenommen und bis zum Ende des Krieges kontinuierlich fortgesetzt werden. Das Profil der Partei Die Linke als einer Antikriegspartei und antiimperialistischen Vereinigung kann und muss – auch mit Blick auf bevorstehende Wahlen – hierbei deutlich und geschärft werden. Die Linke muss zum Motor einer neuen, parteiübergreifenden Friedensbewegung werden.

Zudem muss sich Die Linke auf der Grundlage gefasster Beschlüsse zu dieser seit dem 2. Weltkrieg schlimmsten kriegerischen Auseinandersetzung in Europa permanent öffentlichkeitswirksam und in jedem Falle geschlossen platzieren. Sporadische Statements einzelner Linken-Politiker, die sich zudem noch teilweise widersprechen sowie teilweise persönliche, kontraproduktive Anfeindungen gegen renommierte Parteimitglieder nach sich ziehen, reichen hierzu nicht aus.

Die Gefahr eines 3. Weltkrieges, der auch einen nuklearen Waffeneinsatz bedeuten kann, ist mindestens genauso groß wie während der Kuba-Krise oder der Stationierung von Pershing- und SS-20-Raketen in der Hochzeit des Kalten Krieges. Das ist vielen Menschen nicht bewusst, wozu unsere in dieser Frage weitestgehend gleichgeschaltete und einseitig informierende Medienlandschaft in großem Maße beiträgt. Die Linke muss die deutsche und internationale Öffentlichkeit mit dieser Tatsache einer realen Kriegsgefahr in Europa und in der Welt – wenn es geht, täglich und öffentlichkeitswirksam – konfrontieren und entsprechend initiativ werden. So wichtig wie die Aktionen zum „Heißen Herbst“ sind, sie lenken in gewisser Weise von der eigentlichen Ursache des Energiepreisdilemmas – dem Russland-Ukraine-Krieg und der darin zum Ausdruck kommenden Bestrebungen zu einer politischen und geostrategischen Neuaufteilung der Welt unter alte und neue, in jedem Falle aber menschenverachtende Imperien – ab. Unser Engagement um sozial verträgliche und gerechte Energie- und Strompreise muss viel stärker als bisher mit dem friedenspolitischen Engagement der Partei Die Linke gekoppelt werden. Der Kampf um Frieden in der Ukraine ist als eine unabdingbare Voraussetzung für die Rückkehr zu kalkulierbaren und für den Einzelnen spürbar besseren Energiepreisen zu benennen.

Anmerkungen und Vorschläge:

Inhaltliche Schwerpunkte, konträre Standpunkte – auch in der Linkspartei – und ggf. Lösungsansätze sollten in einem Einführungsvortrag (ca. 10 Minuten) mit anschließender Diskussion und Beschlussfassung herausgearbeitet werden.

Dieser Antrag wurde u.a. dem Landesrat als Antrag des Landesrates zur Abstimmung vorgelegt. Er erhielt in der Abstimmung eine deutliche Mehrheit: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung. Allerdings reichten die abgegebenen Stimmen nicht für das erforderliche Quorum aus (weniger als 30% Stimmabgabe).

Daraufhin wurde dem Landesvorstand das Papier als persönlicher Antrag von Detlev Freyhoff auf seiner letzten Sitzung vorgelegt und lediglich von Stefan Hartmann – allerdings ablehnend – diskutiert. Begründung der Ablehnung sei, dass es einen Standpunkt/Beschluss der Linkspartei zum Ukraine-Krieg gibt und der Antrag damit unnötig sei. In gleicher Weise wurde der Antrag im Landesrat auch von Steffi Brachtel, einer der SprecherInnen, ablehnend zur Kenntnis genommen.

Das kann so nicht akzeptiert werden, da es nicht nur um eine gemeinsame und geschlossene Positionierung der Linken in der o.a. Frage geht, sondern darum, die Linkspartei **durch entsprechende Aktionen** in der Frage der Bekämpfung des Krieges und der Lösung des Konfliktes **als treibende Kraft – als Motor also – der Protestbewegung in Deutschland** zu platzieren und wahrzunehmen. Zudem zeigen Statements von Linkenpolitikern in der Öffentlichkeit und Reaktionen darauf – die bis hin zu Parteiaustritten führten –, dass es dringend einer tiefgehenden innerparteilichen Diskussion in dieser Frage bedarf. U.a. nimmt dies auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Anlass für eine im Oktober beginnende Veranstaltungsreihe hierzu.

In seiner letzten Sitzung hat der Stadtvorstand der Die Linke in Zwickau beschlossen, den Antrag als kollektives Papier des Stadtvorstandes auf dem Landesparteitag in Löbau einzubringen.

Entscheidung des Landesparteitages: